

### Bürger, Parteien und die Energiewende: Eine Analyse am Beispiel des hessischen Energiegipfels

Tosun, Jale; Fleig, Andreas; Debus, Marc

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
Verlag Barbara Budrich

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Tosun, J., Fleig, A., & Debus, M. (2015). Bürger, Parteien und die Energiewende: Eine Analyse am Beispiel des hessischen Energiegipfels. *der moderne staat - dms: Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*, 8(1), 153-171. <https://doi.org/10.3224/dms.v8i1.19115>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>

*Jale Tosun/Andreas Fleig/Marc Debus*

# Bürger, Parteien und die Energiewende: Eine Analyse am Beispiel des hessischen Energiegipfels

### Zusammenfassung

Wie wirken sich außergewöhnliche Ereignisse auf Parteien und deren Policy-Präferenzen aus? Was können die Auswirkungen von radikalem Politikwandel auf das Vertrauen in politische Institutionen sein? Diesen Forschungsfragen gehen wir in der vorliegenden Abhandlung nach. In empirischer Hinsicht gilt unser Interesse dem Hessischen Energiegipfel, der von der Landesregierung unter Führung von Ministerpräsident Volker Bouffier im April 2011 einberufen wurde, um die Energiewende voranzutreiben. In theoretischer Hinsicht erläutern wir, welche Rolle außergewöhnliche Ereignisse – wie im vorliegenden Fall das Reaktorunglück in Fukushima – in der theoretischen Analyse des politischen Gestaltungsprozesses einnehmen können. Unser Argument basiert auf der Verknüpfung der Effekte von exogenen Schocks mit der Wählernachfrage nach Politikwandel und den Dynamiken des Parteienwettbewerbs. Schließlich diskutieren wir die Konsequenzen der Energiewende sowohl für das Institutionenvertrauen der Bürgerinnen und Bürger als auch für deren Möglichkeiten, kritisch die neue Energiepolitik in einer modernen, repräsentativ organisierten Parteiendemokratie zu begleiten und zu beeinflussen.

*Schlagworte:* Energiewende, Exogener Schock, Hessen, Parteienwettbewerb, Politikwandel

### Abstract

*Citizens, Political Parties and Energy Transition: An Analysis of Energy Policy Change in Hesse*

How do extraordinary events exert an influence on parties and their policy preferences? How does a radical policy change influence on the trust in political institutions? These are the research questions we address in this article. Empirically, we are interested in the energy summit in Hesse which was convoked and directed by Prime Minister Volker Bouffier in April 2011 with the purpose of profoundly changing energy policy. Theoretically, we aim at explaining the role extraordinary events like the nuclear accident in Fukushima play in the theoretical analysis of the policy-making process. Our argument is based on the effects of exogenous shocks on the voters' demand for policy change and on the dynamics of party competition. Finally, we discuss the consequences of the turnaround in energy policy on the citizens' trust in institutions as well as on their possibilities of shaping new energy policy in a modern representative party democracy.

*Key words:* Energy Transition, Exogenous Shock, Hesse, Party Competition, Policy Change

## 1 Einleitung

Das Reaktorunglück von Fukushima im März 2011 hat dazu geführt, dass die im Parlament vertretenen Parteien alle in ihrer Position zu Atomkraft konvergiert und – im Fall von CDU/CSU und FDP als den die Bundesregierung von 2009 bis 2013 tragenden Par-

teien – von ihrer ursprünglichen, der Nutzung der Nuklearenergie zustimmenden Positionen abgerückt sind. Im Ergebnis wurde der von der zwischen 1998 und 2005 amtierenden Bundesregierung aus Sozialdemokraten und Bündnis 90/Die Grünen beschlossene Ausstieg aus der Atomenergie von allen im Bundestag vertretenen Parteien wieder verfolgt. Noch ein halbes Jahr vor dem Reaktorunglück hatte das schwarz-gelbe Kabinett im Oktober 2010 beschlossen, die deutschen Atomkraftwerke im Durchschnitt zwölf Jahre länger am Netz zu belassen. Doch nur wenige Tage nach dem Unfall in Japan verlangten insbesondere Unionspolitiker nach einer konsequenten Abkehr von der Atomenergie – eine Forderung, wie sie in dieser Form eigentlich nur von der Anti-Atom-Partei Bündnis 90/Die Grünen gestellt wurde (vgl. z.B. *Müller-Rommel/Poguntke* 1990; *Poguntke* 2002; *Seeliger* 2012; *Probst* 2013).

In der Folgezeit galt es nun für die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Kehrtwende in der Atompolitik drei Herausforderungen zu meistern. Zum einen musste sie den Wegfall der Atomenergie mit den übrigen energiepolitischen Zielen in Einklang zu bringen (vgl. *Mautz* 2012). Zum zweiten galt es, die ökonomischen Konsequenzen des Atomausstiegs abzuschätzen und diese der Öffentlichkeit entsprechend mitzuteilen (vgl. *Holm-Müller et al.* 2011). Die dritte Herausforderung bestand darin, den Wählerinnen und Wählern die ideologische Neuausrichtung in der Atompolitik glaubhaft zu vermitteln. Dieser dritten Herausforderung gilt unser Untersuchungsinteresse in dieser Abhandlung.

Die Mehrebenenstruktur des deutschen Parteienwettbewerbs impliziert, dass nicht nur die Bundesländer wie auch die lokalen Gebietskörperschaften Entscheidungsbefugnisse in manchen Politikfeldern haben (vgl. z.B. *Benz* 2009; *Kropp* 2010; *Reus* 2014), sondern auch, dass die dort agierenden politischen Parteien ein eigenständiges programmatisches Profil aufweisen (vgl. z.B. *Bräuninger/Debus* 2012). Vor diesem Hintergrund mussten nicht nur die Bundesregierung, sondern auch die von der Union geführten Landesregierungen glaubhaft signalisieren, dass sie den Atom-Ausstieg und die energiepolitische Kursänderung mittragen.

Die Wende in der Energiepolitik der Bundesregierung und die Art und Weise ihrer Umsetzung im bundesdeutschen Mehrebenensystem ist das Thema dieses Beitrags. Welche Faktoren haben dazu geführt, dass ausgerechnet in Hessen als einem seit den 1970er Jahren von einer überaus scharfen Form ideologischer Auseinandersetzungen zwischen den Parteien im Landtag von Wiesbaden gekennzeichneten Bundesland eine überparteiliche Initiative – der hessische Energiegipfel – gestartet wurde, die dazu beitragen soll, die „Energiewende“ in diesem Bundesland zu implementieren?<sup>1</sup>

Der Energiegipfel ist zu dem Ergebnis gekommen, dass im Bundesland Hessen im Jahr 2050 eine Energiebereitstellung zu 100 Prozent auf Basis regenerativer Energien möglich erscheint. In diesem Zusammenhang wurde auch der erforderliche Zuwachs an Windenergieanlagen vereinbart, so dass zukünftig Flächen in der Größenordnung von zwei Prozent der Landesfläche für die Nutzung der Windenergie zur Verfügung stehen sollen (*Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung* 2012). Zur rechtlichen Verankerung der auf dem Energiegipfel festgelegten Ziele hat die Landesregierung am 21. November 2012 das Hessische Energiezukunftsgesetz verabschiedet (*Hessischer Landtag* 2012). Aus dem Verhandlungsergebnis des Energiegipfels ergeben sich jedoch zahlreiche Probleme, welche die Implementation der Energiewende insbesondere in Hessen erschwert haben.

Zum einen werden auf politischer Ebene umweltpolitische Ziele wie der Naturschutz den energiepolitischen Zielen untergeordnet. Zum anderen protestieren die lokal betroffe-

nen Bürgerinnen und Bürger gegen den Bau von Windkraftanlagen und es wurden zahlreiche lokale Bürgerinitiativen gegen die Windkraft gegründet (vgl. etwa *Leibenath* 2013). Insgesamt scheint es durch das politische Bemühen um eine rasche Umsetzung der Energiewende zu einem Vertrauensverlust in politische Institutionen zu kommen. Jedoch stellt Vertrauen, das gemeinhin als „seelische Grundlage der repräsentativen Demokratie“ (so *Wilhelm Hennis*, zitiert in *Blanke* 2013, S. 74) aufgefasst wird, eine notwendige Bedingung für die Umsetzung von politischen Entscheidungen dar.

In diesem Beitrag gehen wir zwei Forschungsfragen nach: Wie wirken sich außergewöhnliche Ereignisse auf Parteien und deren Policy-Präferenzen aus? Was können die Auswirkungen von radikalem Politikwandel auf das Vertrauen in politische Institutionen sein? Um diese Fragen zu beantworten, legen wir im zweiten Abschnitt detailliert dar, welche Rolle außergewöhnliche Ereignisse – oder exogene Schocks – in der theoretischen Analyse des politischen Gestaltungsprozesses allgemein einnehmen und wie sich konkret die Reaktorkatastrophe von Fukushima auf die Ausgestaltung der Energiepolitik in Deutschland ausgewirkt hat. In Abschnitt drei besprechen wir die Ausgestaltung der Energiewende in Hessen und gehen dabei auch auf die Muster von Wählernachfrage und Parteienwettbewerb als zentrale erklärende Faktoren näher ein. Schließlich diskutieren wir die Konsequenzen der Energiewende sowohl für das Institutionenvertrauen der Bürgerinnen und Bürger als auch für deren Möglichkeiten, die neue Energiepolitik in einer modernen, repräsentativ organisierten Parteiendemokratie kritisch zu begleiten und zu beeinflussen. Abschließend werden die gewonnenen Erkenntnisse zusammengefasst und nach normativen Implikationen für die Qualität demokratischen Regierens nach exogenen Schocks gefragt.

## 2 Exogene Schocks und ihre Auswirkungen auf politische Einstellungen und den Parteienwettbewerb

Folgt man „Standardmodellen“ des politischen Prozesses in modernen, repräsentativ organisierten Demokratien, dann sollten die Ergebnisse der Entscheidungsfindung in einem politischen System – der „Output“ – die Vorstellungen einer Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, welche diese als „Input“ in den politischen Entscheidungsprozess einbringen, widerspiegeln (vgl. *Easton* 1975). Das auf den liberalen britischen Philosophen und Ökonomen *John Stuart Mill* (1806-1873) zurückgehende Modell der repräsentativen Demokratie, das die Übertragung bzw. Delegation der Interessen der Bürgerinnen und Bürger an Repräsentanten vorschlug (vgl. *Mill* 1971; *Schmidt* 2000, S. 148-165), ist zur dominierenden Regierungsform in modernen Demokratien geworden. Gemäß *Mills* theoretischer Konzeption sollten die Bürgerinnen und Bürger – in idealtypischer Form – in Wahlen die Möglichkeit haben, sich zwischen verschiedenen Kandidaten zu entscheiden, die dem Elektorat ein unterschiedliches inhaltliches Programmangebot unterbreiten. In parlamentarischen Systemen wählen die durch das Volk bestimmten Parlamentsabgeordneten eine Regierung, die zur Implementierung ihrer politischen Inhalte auf eine Mehrheit im Parlament angewiesen ist.

Diesem Idealbild der repräsentativen Demokratie zufolge sollten die gewählten politischen Akteure als „Agenten“ die Interessen der Wählerschaft als „Prinzipal“ vertreten, indem sie in ihrem Handeln und Entscheiden in Parlament und Regierung inhaltlich das umzusetzen versuchen, was sie in ihren vor der Wahl veröffentlichten Programmen den

Wählern – auch mit Hilfe der Medien – versprochen haben (vgl. Müller 2000; Strøm 2000). Wenn diese Delegationskette eingehalten wird und die Inhalte von Politik das widerspiegeln, was die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler präferiert, dann sollte dies dazu führen, dass das politische System und damit dessen demokratische Qualität von einer großen Mehrheit der Bevölkerung unterstützt und nachdrücklich befürwortet wird.<sup>2</sup> Dies kommt der Idealvorstellung des responsiven Regierens nahe, die Powell (2000, 2004) als erstrebenswertes Modell im Rahmen der modernen Parteiendemokratien vorgelegt hat.

Eine aus diesen Überlegungen resultierende Frage ist, wie die „Übersetzung“ der Interessen der Mehrheit in Politikergebnisse funktioniert, wenn ein außergewöhnliches Ereignis stattfindet. Folgen Parteien dann nach wie vor ihren ideologischen Leitlinien oder folgen Parteien der öffentlichen Nachfrage nach einer bestimmten Politik? Dieser Frage gehen Walgrave, Varone und Dumont (2006) nach und greifen den Gegensatz zwischen dem „Parteienmodell“ und dem Ansatz des „durchbrochenen Gleichgewichts“ auf. Das Parteienmodell geht von einer Umsetzung der inhaltlichen Vorstellung der (Regierungs-) Parteien in Politikergebnisse gemäß der ideologischen Position aus (vgl. Klingemann et al. 1994; Schmidt 1996; McDonald/Budge 2005). Der auf den Arbeiten von Baumgartner und Jones (1993; siehe auch Jones/Baumgartner 2005) basierende Ansatz des durchbrochenen Gleichgewichts hingegen argumentiert, dass von außergewöhnlichen Ereignissen – so genannten exogenen Schocks – ein entscheidender Effekt auf den Inhalt der politischen Agenda und damit auf die Ergebnisse des politischen Prozesses ausgeht. Walgrave, Varone und Dumont (2006) untersuchen am Beispiel der Budgetstruktur und der Gesetzgebung sowie der Parlamentsanfragen, der Anzahl der Demonstrationen und der medialen Berichterstattung in Belgien von 1991 bis 2000, ob die beiden Modelle in der Lage sind, die Policy-Prioritäten von Parteien, Parlamenten und Regierungen zu erklären. Die empirischen Analysen der Autoren zeigen, dass das Parteienmodell sehr gut in der Lage ist, die Ergebnisse des legislativen Prozesses zu erklären, nicht jedoch den beobachteten Politikwandel. Letzterer ist vielmehr determiniert von Ereignissen, die während einer Legislaturperiode ungeplant eintreten und die neuen Ausprägungen von Politikinhalten stimulieren. Ausschlaggebend für die Neuausrichtung einer Policy im Anschluss an einen exogenen Schock ist in der Regel die öffentliche Nachfrage nach einem bestimmten Handeln (vgl. etwa Jones/Jenkins-Smith 2009). Parteien und ihre inhaltlichen Ausrichtungen treten in dieser theoretischen Konzeption eher in den Hintergrund.

Im Folgenden kombinieren wir die Ergebnisse von Walgrave, Varone und Dumont (2006) mit dem Verhalten von politischen Parteien im Rahmen des Eintretens exogener Schocks, um damit das Zustandekommen, die Ergebnisse und die Konsequenzen des hessischen Energiegipfels zu erklären. Auch wenn auf der Basis der Ergebnisse letztgenannter Studie politische Parteien von eher geringer Bedeutung für den Politikwandel sind, so zeigt eine Fülle anderer Untersuchungen, dass die inhaltliche Ausprägung einer Regierung einen nicht unbedeutenden Einfluss auf die Ergebnisse des politischen Prozesses hat (vgl. etwa Schmidt 1996; Bräuninger 2005). Parteipolitische Akteure müssen aber auch auf exogene Faktoren oder Schocks reagieren, um nicht – falls die externen Ereignisse die Einstellungen eines nicht unbedeutenden Teils der Wählerschaft beeinflussen oder verändern – bei den nächsten Wahlen an Unterstützung zu verlieren. Auch in Zwischenwahlphasen müssen sich politische Akteure daher beständig positionieren und eventuell neu ausrichten. Die laufende Herausforderung besteht für alle Parteien in modernen Demokratien darin, die Wünsche, Hoffnungen und Ideale der Wählerschaft zu erfassen und die ei-

gene Programmatik entsprechend auszurichten (*Bräuninger 2009; Debus/Müller 2013*). Demzufolge müssen Parteien auch auf Veränderungen der Sozialstruktur oder der Wertvorstellungen der Bevölkerung reagieren, um auch weiterhin ihre Wähler zu binden bzw. ihren Stimmenanteil bei Wahlen zu erhöhen, zu halten oder die Verluste zu minimieren.<sup>3</sup>

Solch dauerhafte Anpassungen und Veränderungen erschweren es den Wählern und Mitgliedern einer politischen Partei aber auch, eine Bindung aufrecht zu erhalten. Parteien benötigen ein Gerüst an Prinzipien und Grundwerten, anhand dessen sich die Wähler orientieren können (vgl. *Schmitt-Beck/Weick 2001*). Dieses Grundgerüst bildet die Basis für das jeweilige distinkte soziale und kulturelle Milieu, aus welchem politische Organisationen ihre Mitglieder rekrutieren (*Best 1982*).<sup>4</sup> Bei ihrer Ausrichtung müssen die Parteien sowohl soziodemographische und gesamtgesellschaftliche Aspekte als auch situative Faktoren – bspw. die Aktualität und die Salienz von politischen Themen – berücksichtigen.<sup>5</sup>

Dabei führt zum einen die Mehrdimensionalität und Komplexität dieser Aufgabe politische Akteure an die „Rationalitätsgrenzen politischer Strategie“ (*Wiesendahl 2010*; vgl. auch *Seeliger 2012*). Zum anderen ist eine zu starke Abkehr von bisher vertretenen Positionen immer auch mit dem Risiko eines Glaubwürdigkeitsverlustes verbunden (*Budge 1994; Laver 2005*). Parteien sind sich dessen bewusst und berücksichtigen sowohl ihre historischen Ursprünge als auch zukünftig erwartete Entwicklungen im Prozess der Festlegung ihrer programmatischen Ausrichtung.

Ein aktuelles Beispiel für einen fundamentalen Kurswechsel ist die programmatische Veränderung der CDU unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel. Diese Modifikationen erstrecken sich über diverse Politikbereiche und wurden innerhalb der Partei keinesfalls nur stillschweigend zur Kenntnis genommen (*Clemens 2009*). Vielmehr erfolgte teils herbe Kritik an der und eine intensive Auseinandersetzung über die Ausrichtung der Partei (*Niedermayer 2009*, S. 14-15). Jedoch konnten sich die innerparteilichen Kritiker am neuen Kurs der Union aufgrund der unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel erzielten Wahlerfolge nicht durchsetzen.

Die grundlegenden sozialen, politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in einem Land sind das Ergebnis eines langfristigen Entwicklungsprozesses; über die Zeit kristallisieren sich die entsprechenden Merkmale heraus. Von Zeit zu Zeit treten aber auch Ereignisse ein, welche innerhalb einer sehr kurzen Frist zu Spannungen im bestehenden System und daraus resultierenden sozialen Veränderungen führen (vgl. *Birkland 1997*). Solche sogenannten „focusing events“ (*Kingdon 1984*) zeichnen sich durch ein zwar seltenes aber, falls eintretend, auch plötzliches und das bestehende System erschütterndes Auftreten aus.<sup>6</sup> Diese entsprechen dem Konzept der exogenen Schocks bei *Baumgartner und Jones (1993)*.

Gestaltungstheoretisch ermöglichen „focusing events“ Reformen von ansonsten festgefahrenen Hierarchien und Regelungen (vgl. *Kubon-Gilke 2011*).<sup>7</sup> Zugleich setzt eine Änderung der öffentlichen Meinung die politischen Parteien aber auch unter Zugzwang. Wollen sie ihre Chancen für die nächste Wahl erhalten, müssen sie auf diese Dynamiken reagieren. Dabei ist der Typus des Ereignisses von Bedeutung. Genauer ausgedrückt: für die Beurteilung eines exogenen Schocks ist vor allem die Unterscheidung von Belang, ob der Schock aufgrund menschlichen Fehlverhaltens oder aufgrund unglücklicher Umstände eintritt (*Birkland 1997*, S. 2). Falls die öffentliche Meinung das Eintreten außergewöhnlichen und nicht beeinflussbaren Umständen (Erdbeben, Hochwasser, Unwetter, usw.) anlastet, richtet sich der Fokus auf mögliche Hilfsleistungen für Opfer des Unglücks. Politische Akteure können hier ihre Reputation in der Öffentlichkeit durch entschlossenes

Handeln steigern.<sup>8</sup> In diesem Fall wirkt der Schock Salienz erhöhend, die öffentliche Meinung verlangt jedoch keine substanzielle Änderung der vorherrschenden Strukturen.

Ist die Ursache in menschlichem Versagen zu finden, was sich vom Bedienfehler eines Technikers über das Verhalten ganzer Konzerne bis hin zur unzureichenden Gestaltung von Gesetzen erstreckt, liegt der Fokus der öffentlichen Debatte hingegen auf der Identifizierung der Schuldigen und Ausbesserung der bisherigen Regelungen. Dies folgt der Überzeugung, aus dem Geschehen für die Zukunft zu lernen (*Birkland 1997, Sabatier 1988*). Abhängig vom eingetretenen Schock können die geforderten Änderungen so weit gehen, die Grundprinzipien der gesellschaftlichen Ordnung oder – in weniger stark ausgeprägten Fällen – die parteipolitische Ausrichtung in Zweifel zu ziehen.

Betrachtet man die möglichen Schocks, denen eine Gesellschaft ausgesetzt ist, so sticht die Kernenergie mit ihrer herausragenden Rolle in Energiefragen sowie der Energiepolitik in Deutschland insgesamt heraus (vgl. *Feindt 2010; Butler et al. 2011; Mükusch 2012*). Kernenergie war und ist ohne eine immense staatliche Förderung nicht möglich, sei es in Form von finanzieller Unterstützung, Risiko-Absicherung oder öffentlichem Rückhalt (*Birkland 1997, S. 106-130*). Der Staat steht somit in der Verantwortung für diese Technologie. Dementsprechend haben Parteien in der Regel konkurrierende Vorstellungen darüber, wie mit der Atomenergie umzugehen ist. Seit März 2011 ist jedoch der Parteienwettbewerb bezüglich der Atomkraft stark abgeebbt. Wie die folgende Erörterung zur Energiewende in Hessen zeigen wird, unterstützt jede Partei den Ausstieg aus der Kernenergie, Unterschiede bestehen nur noch im Hinblick auf die Modalitäten des Ausstiegs.

### 3 Fallbeispiel: Die Energiewende in Hessen

Wir diskutieren im Folgenden die Effekte der Reaktorkatastrophe von Fukushima und deren Implikationen für das Regieren in repräsentativen Demokratien einerseits und die Herausforderungen für das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern und deren Vertrauen in und Zufriedenheit mit dem politischen System andererseits. Wir konzentrieren uns dabei auf den „Energiegipfel“, den die von 2009 bis 2014 aus Christdemokraten (CDU) und Liberalen (FDP) bestehende hessische Landesregierung unter Führung von Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) initiiert hat, um die Energiewende voranzutreiben. Bevor wir die Inhalte und Ergebnisse des Energiegipfels, an dem Vertreter zahlreicher Interessengruppen und aller Parlamentsparteien aktiv teilgenommen haben, näher schildern, diskutieren wir zunächst die grundlegenden Muster des Parteienwettbewerbs in Hessen, um zu verdeutlichen, welche Konsequenzen die Reaktorkatastrophe von Fukushima für das Verhalten parteipolitischer Akteure hatte. Abschließend reflektieren wir auf dieser Grundlage die positiven wie auch negativen Konsequenzen für die repräsentative Demokratie, die sich aus dem Verhalten der hessischen Landesregierung zur Initiierung des Energiegipfels ergeben.

#### 3.1 Ausgangslage: Parteienwettbewerb in Hessen

Der hessische Parteienwettbewerb war seit den frühen 1970er Jahren durch ein enorm hohes Ausmaß an ideologischer Polarisierung gekennzeichnet, der maßgeblich durch die

explizit rechtskonservative Position der CDU Hessen wie auch durch die dem linken Flügel der Bundespartei zuzurechnende hessische SPD bedingt war (vgl. *Bräuninger/Debus* 2012, S. 93-95). Die vielfach polarisierend geführten Wahlkämpfe – als Beispiele seien hier die Unterschriftenkampagne gegen die geplante Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft im Landtagswahlkampf 1999 und die Debatte um die Kriminalitätsrate ausländischer Jugendlicher im Vorfeld der Landtagswahl 2008 genannt (vgl. *Schmitt-Beck/Faas* 2009a, 2009b) – haben häufig zu langwierigen Regierungsbildungsprozessen geführt, wenn sich keine Mehrheit für das rot-grüne oder schwarz-gelbe „Lager“ (*Jesse* 2011) im Landtag ergeben hatte. Letzteres resultierte zuletzt 2009 in vorgezogenen Neuwahlen.

Die programmatische Ausrichtung der beiden großen Parteien CDU und SPD wie auch von FDP, Bündnis 90/Die Grünen und der seit 2008 im Landtag vertretenen „Linke“ hat sich von 1991 bis 2009 nicht grundlegend geändert. Dies wird nicht nur durch die festgefühten Koalitionsblöcke deutlich: Während SPD und Bündnisgrüne von 1991 bis 2009 eine Vorwahlallianz auf der einen Seite bildeten, bestand ein festgefühtes Bündnis zwischen CDU und FDP auf der anderen Seite. Auch Inhaltsanalysen der Landtagswahlprogramme der hessischen Parteien von 1991 bis 2009 belegen, dass im hessischen Parteienwettbewerb tatsächlich sowohl eine höhere Stabilität innerhalb als auch eine größere Abgrenzung zwischen den inhaltlichen „Bereichen“ der Landtagsparteien besteht. Dieser zweidimensionale Politikraum ergibt sich aus dem Gegensatz zwischen staatsinterventionistischen und marktliberalen Auffassungen zur Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik einerseits und dem Gegensatz zwischen progressiven und konservativen Einstellungen in der Gesellschaftspolitik andererseits (*Bräuninger/Debus* 2012, S. 97-100). Die hessischen Christdemokraten sind wirtschaftspolitisch deutlich marktwirtschaftlich-liberaler als in anderen Bundesländern ausgerichtet und damit programmatisch weiter entfernt von den Sozialdemokraten. Die wirtschafts- und sozialpolitische Position der Hessen-CDU deckt sich sogar teilweise mit derjenigen der eindeutig wirtschaftsliberal ausgerichteten Freien Demokraten. Auch in Fragen der Gesellschaftspolitik lagen die Positionen der CDU weiter entfernt von den Politikzielen der SPD, wenn man die Konstellation des Parteienwettbewerbs in Hessen mit denen in anderen Bundesländern vergleicht (vgl. *Bräuninger/Debus* 2012, S. 53-57; *Debus/Müller* 2013).

Auch wenn die ideologische Blockbildung in gesellschaftspolitischen Fragen bei den hessischen Parteien nicht so ausgeprägt ist wie in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragestellungen (vgl. *Bräuninger/Debus* 2012, S. 99-100), so lässt sich dennoch festhalten, dass angesichts der allgemein polarisierten Parteienkonstellation in Hessen es zum einen nicht zu erwarten gewesen wäre, dass sich eine aus Vertretern von CDU und FDP bestehende Landesregierung auf eine drastische Veränderung ihrer regionalen wie lokalen Wirtschafts- und Energiepolitik verständigt, die ihrer bis dahin bestehenden wirtschafts-, umwelt- und energiepolitischen Haltung widersprach. Zum anderen scheint der exogene Schock der Reaktorkatastrophe von Fukushima dazu geführt zu haben, dass sich der konfrontative Politikstil, der die Auseinandersetzungen im hessischen Landtag kennzeichnete, zu einem mehr konsensualen Umgang der Parteien auf legislativer Ebene gewandelt hat.

Letzteres ist nicht nur sichtbar am Beispiel des hessischen Energiegipfels, auf dessen Eigenschaften im nächsten Abschnitt näher eingegangen wird, sondern auch anhand der Bildung einer Koalitionsregierung aus CDU und Bündnis 90/Die Grünen in Folge der Landtagswahl vom September 2013 (vgl. *Faas* 2014). Eine schwarz-grüne Koalitionsregierung wäre in Hessen nur schwerlich ohne einen programmatischen Wandel der Union möglich gewesen, der sich im Energiegipfel und auch im christdemokratischen Wahlpro-



gramm zu einem gewissen Grad widerspiegelt. Mit Hinblick auf die von *Walgrave, Varone* und *Dumont* (2006) aufgeworfene Differenzierung zwischen dem auf Parteien und ihre Positionen abhebenden Modell des Regierens in modernen Demokratien auf der einen Seite und dem Ansatz des durchbrochenen Gleichgewichts auf der anderen Seite lässt sich festhalten, dass nicht nur der Politikwandel, sondern auch die Handlungsmuster und das Entscheidungsverhalten regierender Parteien von exogenen Faktoren beeinflusst werden und als Inhalt eines „größeren Rahmens“ für die Analyse des politischen Prozesses mit Bürgern und Parteien als zentralen Akteuren in repräsentativen Demokratien herangezogen werden sollten.

### 3.2 Der hessische Energiegipfel

Die zuletzt gezogenen Schlussfolgerungen werden bestärkt durch die Zusammensetzung und die Inhalte der Beschlüsse des hessischen Energiegipfels.<sup>9</sup> Am 5. April 2011, nicht einmal einen Monat nach dem Reaktorunglück von Fukushima, berief Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) den Hessischen Energiegipfel ein. Eingeladen waren Vertreter aller Fraktionen des Hessischen Landtags, der Kommunen, der Wirtschafts- und Umweltverbände sowie der Gewerkschaften und der Industrie. Das Ziel dieses Gipfels war es zu diskutieren, wie der Ausstieg aus der Kernenergie und eine erfolgreiche Energiewende möglichst rasch eingeläutet werden können.

Neben der konstituierenden Sitzung fanden noch fünf weitere Sitzungen statt.<sup>10</sup> An diesen Terminen wurde jeweils in vier Arbeitsgruppen mit Vertretern aller Interessengruppen beraten. Die Arbeitsgruppen bearbeiteten unterschiedliche Fragestellungen: Den Ausbau eines zukunftsfähigen Energiemix aus erneuerbaren und fossilen Energien in Hessen (Arbeitsgruppe 1), die Identifizierung von Energieeffizienz- und Energieeinsparpotenzialen in Hessen (Arbeitsgruppe 2), die Anforderungen an eine verlässliche und versorgungssichere Energieinfrastruktur (Arbeitsgruppe 3) und die gesellschaftliche Akzeptanz einer veränderten Energiepolitik in Hessen (Arbeitsgruppe 4). Die Einrichtung der Arbeitsgruppe 4 zeigt, dass der Energiegipfel von Beginn an bemüht war, die Akzeptanz der Bürger zu gewinnen und mögliche Reibungspunkte zu entschärfen. Beispielsweise wurde eine Plattform eingerichtet, auf der Bürger Beiträge verfassen konnten, die direkt von Teilnehmern der vier Arbeitsgruppen beantwortet wurden. Somit war von Seiten der Initiatoren des Energiegipfels durchaus das Ziel angestrebt worden, die Bevölkerung und deren Sorgen und Ängste im Rahmen der Planung der Energiewende zu integrieren, die sich durch die geplanten Neuerungen in der Umwelt- und Energiepolitik ergeben werden.

Auf der letzten Sitzung vom 10. November 2011 endete der Energiegipfel mit der Veröffentlichung eines von allen Teilnehmern unterzeichneten Abschlussberichts. Dieser fasst die wichtigsten Ergebnisse zusammen; ergänzende Details können den jeweiligen Arbeitsgruppenberichten entnommen werden.<sup>11</sup> Die im Abschlussbericht formulierten Ziele durch den *Hessischen Energiegipfel* (2011, S. 6) lauten:

- Deckung des Endenergieverbrauchs in Hessen (Strom und Wärme) möglichst zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2050;
- Steigerung der Energieeffizienz und Realisierung von Energieeinsparung;
- Ausbau der Energieinfrastruktur zur Sicherstellung der jederzeitigen Verfügbarkeit – so dezentral wie möglich und so zentral wie nötig;

- Steigerung der gesellschaftlichen Akzeptanz der energiepolitisch notwendigen Schritte in der Zukunft.

Der Energiegipfel kommt darin überein, dass ein großer Anteil an der zukünftigen Energiegewinnung durch Windenergie erfolgen soll. Wichtig ist hierbei vor allem, dass die Teilnehmer des Gipfels eine Rolle für die Nutzung der Windkraft in Waldgebieten in Hessen sehen (*Hessischer Energiegipfel* 2011, S. 10). Als Maßnahmen sieht der Energiegipfel „Investitionen in Energieerzeugungsanlagen, in den Aus- und Umbau der Energieverteilernetze [sowie] in Speichertechnologien und Effizienzmaßnahmen“ (*Hessischer Energiegipfel* 2011, S. 5) vor. Das zentrale Ergebnis des Hessischen Energiegipfels stellt das Hessische Energiezukunftsgesetz vom 21. November 2012 dar (*Hessischer Landtag* 2012). Tabelle 1 präsentiert eine Chronik der Ereignisse bis zur Verabschiedung des Energiezukunftsgesetzes.

*Tabelle 1: Chronik des Energiezukunftskonzepts*

Datum	
5. April 2011	Einberufung des Hessischen Energiegipfels durch Ministerpräsident Volker Bouffier
10. November 2011	Erstellung eines gemeinsamen Gesamtberichts des Hessischen Energiegipfels basierend auf den Abschlussberichten der vier Arbeitsgruppen
14. Dezember 2011	Regierungserklärung der Umweltministerin Lucia Puttrich, in der sie die Grundzüge der hessischen Energiepolitik darlegt
24. Januar 2012	Veröffentlichung eines Umsetzungskonzepts durch Umweltministerin Puttrich
6. Februar 2012	Informations- und Akzeptanzkampagne
30. Mai 2012	Einbringen des Entwurf des Hessischen Energiezukunftsgesetzes in den Landtag
20. November 2012	Beschluss des Energiezukunftskonzepts durch den Hessischen Landtag

Das Hessische Energiezukunftsgesetz legt konkrete Ziele, Fördermaßnahmen sowie Zuständigkeiten fest, welche den Erfolg der Energiewende in Hessen sicherstellen sollen (vgl. Tabelle 2). Das Land fährt dabei dreigleisig und setzt auf finanzielle Anreize wie etwa Investitionszuschüsse, Darlehen und Bürgschaften, aber auch auf Selbstverpflichtungen für öffentliche Einrichtungen, zum Beispiel energetische Standards für landeseigene Gebäude und Einrichtung eines Monitoring-Systems zur Erfassung der Nutzung erneuerbarer Energien im Strom- und Wärmebereich. Zudem sind Änderungen bestehender Verordnungen zu Gunsten eines einfacheren Ausbaus regenerativer Energien wie die verbindliche Festschreibung von zwei Prozent Windvorrangfläche im Landesentwicklungsplan, Schwerpunktsetzung der Verbraucher-Beratung auf Energieeinsparung und -effizienz im Hessischen Energiegesetz und eine vereinfachte Genehmigung für Solarthermie- und Photovoltaikanlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden im Hessischen Denkmalschutzgesetz vorgesehen. Insgesamt lässt sich festhalten, dass ein zentrales Instrument der Energiewende vor allem die „Verfünffachung der Windvorrangflächen“ (*Gremmel* 2012) darstellt.<sup>12</sup>

Tabelle 2: Gliederung des Hessischen Energiezukunftsgesetzes

Artikel	Kurzbeschreibung
1 §1	Benennt Ziele und Maßnahmen des Gesetzes (u.a. Deckung des Endenergieverbrauchs möglichst zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen bis 2050 und Ausbau von Windvorrangflächen)
1 §2-8	Regelung der staatlichen Förderung: finanzielle Form, Abgrenzung sowie Voraussetzungen und Auflagen
1§9-11	Benennt Verpflichtungen des Landes (inkl. aller Mandate und Mitgliedschaften des Landes) bei Gesellschaften, Vereinen, Anstalten, Körperschaften und Stiftungen
1 §12-14	Benennt zuständigen Organe auf Gemeinde- und Kreisebene und erläutert zeitlichen Rahmen des Gesetzes
2	Änderung der Hessischen Garagenverordnung: Festlegung einer Mindestanzahl an Ladestationen für Elektrofahrzeuge
3	Änderung der Hessischen Bauordnung: Aufnahme von Kleinwindanlagen in die Kategorie Baugenehmigungsfreie Vorhaben
4	Änderung des Denkmalschutzgesetzes: Öffentliche Interessen des Klima- und Ressourcenschutzes ist zukünftig in angemessener Weise zu berücksichtigen
5	Änderung der Kompensationsverordnung: Festlegung zu verwendender Verfahren und Wertstufen für Ersatzzahlungen
6	Benennt Befugnisse der zuständigen Stellen
7	Zeitliche Verschiebung des Inkrafttretens von Artikel 2

Alle diese Beschlüsse gehen auf konsensgetragene Vorschläge aus dem Energiegipfel zurück. Allerdings lief der Energiegipfel keineswegs so harmonisch ab, wie es das Land Hessen nach außen offiziell kommunizierte. Der Abschlussbericht enthält eine Vielzahl an Protokollerklärungen unterschiedlicher Akteure, in welchen sie verwendete Formulierungen kritisieren, sich von getroffenen Beschlüssen distanzieren oder ihren Unmut äußern. Belege für Dissens bei der Verfassung des Abschlussberichts des Hessischen Energiegipfels finden sich an verschiedenen Stellen: Auf S. 6 kritisiert Die Linke, dass der Abschlussbericht „an vielen Punkten vage und unverbindlich“ bleibe und auf S. 7, dass „viele Fragen von vornerein ausgeklammert wurden“. Auf S. 14 stellt die SPD zum Neubau von Kohlekraftwerken klar, dass die verwendete Formulierung „weit hinter den Konsens in der Arbeitsgruppe“ zurückfällt, daher sieht sich die SPD-Fraktion „an diese Festlegung nicht gebunden“. Zum selben Punkt merken Bündnis 90/Die Grünen an, dass der Neubau von Kohlekraftwerken „energiepolitisch unsinnig, wirtschaftlich nicht darstellbar und klimapolitisch nicht zu verantworten“ ist. Die Linke ergänzt: „Kohlekraftwerke sind weder effizient, noch sind sie flexibel genug, die Schwankungen bei Sonnen- und Windenergie auszugleichen“. Auf S. 16 lehnen die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände e.V. und die Arbeitsgemeinschaft der hessischen Industrie- und Handelskammern „eine Öffnung der HGO [Hessische Gemeindeordnung] mit dem Ziel einer Ausweitung der unternehmerischen Betätigung von Kommunen ab.“ Dementgegen fordert der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) „eine weiterreichende Regelung [...], die eine eigenständige Aktivität der Kommunen ohne weitere rechtliche Restriktionen ermöglicht“.

Jenseits der von den Teilnehmern des Energiegipfels geäußerten Bedenken fällt auf, dass insbesondere die Festlegung auf den Ausbau von Windkraft in Waldgebieten in Hessen ein großes Konfliktpotential birgt. Hier wird bewusst ein Zielkonflikt zwischen Natur- und Landschaftsschutz auf der einen und dem Ausbau erneuerbarer Energien zur Kompensation der Rückführung von Kernenergie auf der anderen Seite geschaffen (vgl. Mautz 2012, S. 162), der dazu führen kann, dass die betroffene Bevölkerung gegen die Pläne protestiert. Es ist dieser Zielkonflikt, der auf lokaler Ebene zu weitreichenden Conse-

quenzen für den Politikgestaltungs- und vor allem den Implementationsprozess geführt hat.

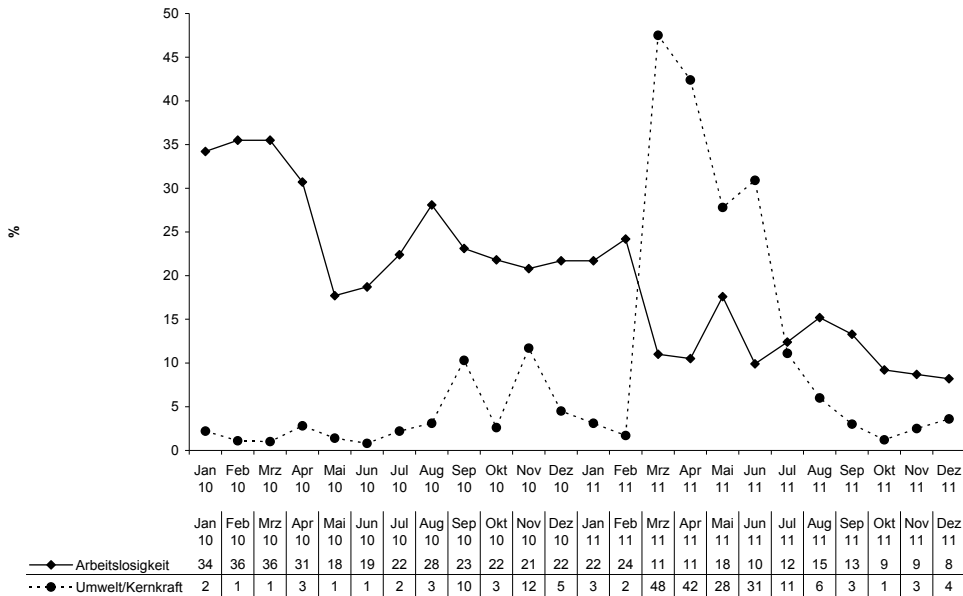
### 3.3 Konsequenzen für das Institutionenvertrauen der Bürgerinnen und Bürger

Die Konzeption der repräsentativen Demokratie und des responsiven Regierens, auf die eingangs zu diesem Beitrag verwiesen wurde, weist als ein zentrales Merkmal das Aufgreifen der – sich eventuell im Zeitverlauf wandelnden – Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger durch politische Entscheidungsträger auf, die diese über verschiedene Stufen der Entscheidungsfindung hinweg in Politikergebnisse und -inhalte umsetzen (*Powell* 2004). Wenn die Ergebnisse des politischen Prozesses die Vorstellungen der Mehrheit der Bürger in den jeweiligen Einheiten des politischen Systems widerspiegeln, dann sollte dies zu höherem Vertrauen in das bestehende politische Institutionensystem führen. Letzteres ist insofern für die langfristige Stabilität einer Demokratie von Bedeutung, als dass das Handeln und die Entscheidungsmuster der politischen Akteure, welche die Interessen der Bürgerinnen und Bürger auf der Ebene des politischen Systems vertreten, dann mit einem gesteigerten Ausmaß an Legitimität ausgestaltet sind (*Schnaudt* 2013, S. 297-298). Letzteres ist – folgt man der klassischen Argumentation von *Lipset* (1959; vgl. auch *Levi/Stoker* 2000) – zentral für ein effizientes Regieren in einem demokratisch ausgestalteten politischen System, ohne das die politischen Institutionen und Autoritäten Zwangsmittel einsetzen müssen, um die von ihnen beschlossenen Politikinhalt gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern durchzusetzen. Aus diesem allgemein gewählten Blickwinkel betrachtet hat die hessische Landesregierung mit der Initiierung des Energiegipfels nicht nur die von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommene Problematik einer weiteren Nutzung der Atomkraft und deren eventuelles Ersetzen mit erneuerbaren Energien aufgegriffen und eine konsensuale Komponente der Entscheidungsfindung in den bislang konfrontativ ausgestalteten hessischen Parteienwettbewerb eingeführt, sondern auch zu einer Rückkopplung der politischen Debatte auf Systemebene sowie der dortigen Handlungs- und Entscheidungsmuster an die Interessen der Bürgerschaft beigetragen.

Dass die Entscheidungen der Regierungen auf Bundes- und Landesebene, einen drastischen Wandel in ihrer Energiepolitik nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima durchzuführen, Auswirkungen auf die Problemwahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger haben, macht Abbildung 1 deutlich (vgl. *Debus* 2014). Sie weist den Anteil der Befragten aus, die das wichtigste Problem im Bereich der Umwelt- und Energiepolitik sowie – als Kontrollgröße – in der Arbeitslosigkeit sahen.<sup>13</sup> Es wird deutlich, dass sich im Zeitverlauf zwischen Januar 2010 und Dezember 2011 deutliche Verschiebungen in den Anteilen der Befragten ergeben, die die ausgewählten Thematiken als wichtigstes Problem benennen. Insbesondere das Problem der Arbeitslosigkeit wurde von einem beachtlichen Teil der Bevölkerung als wichtigstes Problem wahrgenommen und genannt. Es wird zudem deutlich, dass externe Schocks wie die Reaktorkatastrophe in Fukushima einen direkten und massiven Einfluss auf die öffentliche Meinung – vermittelt durch die mediale Berichterstattung – ausüben. So gaben im Januar und Februar 2011 nur 2 bzw. 3% der Befragten an, dass das Thema Umweltschutz oder Kernkraft das wichtigste Problem sei. Unter dem Eindruck des Zwischenfalls in Fukushima stieg der Anteil der Befragten, die umwelt- und atompolitische Fragen als wichtigstes Problem ansehen, im März und April auf 48 bzw.

42% an, um sich in den zwei folgenden Monaten bei 28 bzw. 31% auf hohem Niveau zu halten. Nachdem die Bundesregierung und der Bundestag im Juni 2011 – erneut – den Ausstieg aus der Atomenergie zum Jahr 2022 beschlossen hatten und auf Landesebene wie etwa in Hessen die Regierungen ebenfalls mit Maßnahmen wie dem Energiegipfel, dem auch ein symbolisch-steuerndes Element innewohnte, auf den exogenen Schock reagierten, ging der Anteil der Befragten, die Umweltschutz oder Kernkraft als das wichtigste Problem ansahen, in der zweiten Jahreshälfte 2011 auf Werte zwischen 1 und 4% wieder deutlich zurück. Es scheint, als ob das Thema für einen Großteil der Befragten mit dem schnellen Handeln von Regierungen und Parlamenten auf allen Ebenen des politischen Systems der Bundesrepublik wieder von der politischen Agenda, auf der sich die dringlichsten Aspekte befinden, verschwunden ist.

Abbildung 1: Nennungen von Arbeitslosigkeit und dem Thema „Umwelt/Kernkraft“ als wichtigstem Problem aus der Sicht der Deutschen in den Monaten von Januar 2010 bis Dezember 2011



Während die Effizienz in der Umsetzung der Wünsche der Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung durch das Handeln von Bundesregierung wie auch der hessischen Landesregierung dazu geführt haben sollte, dass sich das Vertrauen in die politischen Institutionen stabilisiert hat oder gar angestiegen ist – seit Jahrzehnten ist in modernen Demokratien ein tendenzieller Rückgang des Vertrauens, das Bürgerinnen und Bürger in politische Institutionen und Autoritäten setzen, messbar (vgl. für eine Übersicht Zmerli 2004) –, so birgt die schnelle Handlungsweise von Parlamenten und Regierungen bei der Implementation neuer energiepolitischer Ziele auch Problematiken in sich. So werden die Präferenzen der Teile der Bevölkerung, die negativ von den Konsequenzen der Energiewende betroffen sind – etwa weil Immobilien durch den Bau von Windkraftanlagen an Wert verlieren oder Naherholungsgebiete im ländlichen Raum durch den Bau von bis zu 200 Meter

hohen Windkraftanlagen in ihrem Charakter entscheidend beeinflusst werden –, vielfach kaum bis gar nicht im politischen Entscheidungsprozess berücksichtigt. Im Gegensatz zu Infrastrukturprojekten wie dem Bau von Umgehungsstraßen oder Autobahnen, deren Planung mehrere Jahre oder gar Jahrzehnte in Anspruch nehmen – vor allem dann, wenn Umwelt und Natur starker Belastung ausgesetzt wären – und in deren Planung die betroffenen Anwohner einbezogen und damit deren Perspektiven und Ängste berücksichtigt werden, fand die Planung, Genehmigung und der Bau von Windparks in Hessen wie auch in anderen Bundesländern in einem sehr kurzen Zeitfenster statt, welches eine Integration gegenläufiger Interessen nicht zugelassen hat. Bei dieser Vorgehensweise besteht die Gefahr, dass die unterschiedlichen Interessen der betroffenen Akteure im Planungsprozess nicht adäquat mit einbezogen werden können. Dies resultiert dann möglicherweise in Ergebnissen des politischen Entscheidungsprozesses, denen eine nicht unbedeutende Minderheit oder sogar eine Mehrheit der von den neuen energiepolitischen Maßnahmen betroffenen lokalen Bevölkerung ablehnend gegenübersteht. Letzteres sollte nicht nur die Akzeptanz der Energiewende negativ beeinflussen, sondern auch – vor dem Hintergrund der demokratiethoretisch nach wie vor hochrelevanten Überlegungen *Alexis de Tocquevilles* zur „Tyrannei der Mehrheit“ (*Tocqueville* 2001; vgl. *Schmidt* 2000, S. 138-142) – das Vertrauen in die politischen Institutionen (bzw. in die sie kontrollierenden politischen Akteure) und deren Legitimität für den Personenkreis, der negativ von der Energiewende in Hessen wie in Deutschland betroffen ist, signifikant mindern.

Hinzu kommt für den hessischen Fall, dass alle parlamentarisch vertretenen Parteien am Energiegipfel teilgenommen und dessen Ergebnisse weitgehend unterstützt haben, so dass keine Landtagspartei in eindeutiger Opposition zur Energiewende und den damit verbundenen Politikinhalt stand. Bürgerinnen und Bürger, die – aus welchen Gründen auch immer – eine ablehnende Haltung gegenüber der Energiewende und ihren Konsequenzen aufweisen, hatten keine parlamentarisch vertretenen Ansprechpartner, die ihre Bedenken und Probleme aufgreifen und in den politischen Prozess einer repräsentativ organisierten Demokratie einspeisen konnten. Sie mussten sich stattdessen „außerparlamentarisch“ in Form von Bürgerinitiativen organisieren, um so zu versuchen, ihre Position mit Hilfe von Protestaktionen, über die die Medien berichteten, in den politischen Prozess zu integrieren. Diese Art und Weise der politischen Partizipation hat in repräsentativ organisierten, durch politische Parteien strukturierten Demokratien den Nachteil, dass es ungleich schwieriger ist, auf diese Art und Weise die politische Agenda in Parlamenten zu beeinflussen und so zu den Ergebnissen des hessischen Energiegipfels konkurrierende Politikinhalt zur Abstimmung zu stellen. Eine Konsequenz sollte – folgt man der Literatur zu politischem Vertrauen und ihren Determinanten (vgl. etwa *Freitag/Bühlmann* 2009; *Freitag/Traumüller* 2009, *Schnaudt* 2013) – darin bestehen, dass nicht nur das Vertrauen in die politischen Institutionen der repräsentativen Demokratie dieser Teilssegmente der Bevölkerung zurückgeht, sondern auch die Zufriedenheit und Unterstützung mit den demokratischen Institutionen an sich im Niedergang begriffen ist.<sup>14</sup> Die unmittelbaren Folgen können eine sinkende Kombination des Rückgangs der „klassischen“ Formen politischer Partizipation wie Wahlbeteiligung und Engagement in politischen Parteien sowie die Unterstützung von populistischen Protestparteien wie der jüngst bei Landtagswahlen erfolgreichen „Alternative für Deutschland“ (AfD) in den betroffenen Regionen sein.

## 4 Schlussbetrachtung

Wir sind in diesem Beitrag der Frage nachgegangen, welche Auswirkungen der exogene Schock der Reaktorkatastrophe von Fukushima auf den Parteienwettbewerb und die Ergebnisse des politischen Prozesses hat. Hierzu haben wir uns auf die Maßnahmen der hessischen Landesregierung, einen Energiegipfel ins Leben zu rufen, konzentriert, um so zu zeigen, dass ein durch eine eher polarisierte politische Kultur gekennzeichnetes Bundesland und die dort agierenden (partei-)politischen Akteure aufgrund eines exogenen Schocks zu deutlichen Veränderungen in ihren Entscheidungsmustern bereit sind, die zu radikalem Politikwandel – unter anderem die massive Erleichterung des Baus von Windkraftanlagen – führen können, auch wenn dies neue Konfliktlinien – zum Beispiel zwischen Naturschützern und Befürwortern der Ergebnisse des Energiegipfels – hervorrufen kann. Auf dieser Basis haben wir ausgeführt und anhand von Umfragedaten gezeigt, dass eine schnelle Reaktion der politischen Entscheidungsträger zwar dem Problembewusstsein in der Bevölkerung Rechnung trägt, jedoch die Gefahr besteht, dass die Interessen einer nicht zwangsläufig kleinen Minderheit von Seiten der parlamentarisch vertretenen parteipolitischen Akteure nicht berücksichtigt werden können. Dies führt nicht nur zu anderen Partizipationsformen, was für eine repräsentative Demokratie nicht zwangsläufig ein Problem darstellt, sondern kann auch zu einem Rückgang des Vertrauens in demokratische politische Institutionen beitragen, der – wenn die Interessen einer signifikanten Minderheit oder lokal begrenzten Mehrheit nicht berücksichtigt werden – für die künftige demokratische Entwicklung problematisch sein kann. Äußern kann sich dies konkret in der anwachsenden Unterstützung für populistische Parteien oder Bewegungen von beiden Seiten des ideologischen Spektrums, deren inhaltliche Ausrichtung vielfach nur bedingt mit den Zielen der freiheitlichen Grundordnung und der repräsentativen Demokratie vereinbar ist. Der Rückgang der Zufriedenheit mit der und des Vertrauens in die Demokratie in vielen europäischen Staaten bei gleichzeitigem Erstarken links- und rechtspopulistischer Parteien aufgrund der Folgen exogener Schocks der internationalen Finanz- und Bankenkrise ist hierfür ein Indikator (*Armingeon/Guthmann* 2014).

Ein Ziel künftiger Forschung sollte es daher sein, herauszuarbeiten, wie und in welcher Form in repräsentativen Demokratien adäquat auf exogene Schocks reagiert werden kann, so dass die Interessen von Minderheiten bei den entsprechenden Thematiken nicht von allen parlamentarischen Akteuren ignoriert werden, wie dies bei der Handhabung der Energiewende in Hessen der Fall war. Eine Möglichkeit ist, selbst auf exogene Schocks im Rahmen der Politikgestaltung nicht überstürzt zu reagieren, sondern vielmehr im Rahmen eines längeren politischen Entscheidungsverfahrens, das die Anhörung auch von Vertretern der Minderheitsposition in adäquater Weise zulässt und deren Vorstellungen in das Politikergebnis mit einfließen lässt, einen ausgewogenen Beschluss für die künftige Policy zu erarbeiten.<sup>15</sup> Diese inkrementelle Strategie wurde unter anderem von *Beyer* (2008) und *Ganghof* (2008) vorgeschlagen, um politisch besonders kontroverse und daher mit potentiell hohen elektoralen Kosten verbundene Maßnahmen durchsetzen zu können. Die Rechtfertigung für die Anwendung einer inkrementellen Strategie, in der politische Reformen „Schritt für Schritt“ durchgeführt werden, wäre nicht der politische, sondern vielmehr der gesellschaftliche Konflikt, der aus einem radikalen Politikwandel resultieren kann. Bei einer inkrementellen Vorgehensweise könnte sichergestellt werden, dass die Parteien ihre Wählerinnen und Wähler auch bei kontroversen und gleichzeitig schnell zu implementierenden Reformen „mitnehmen“ und diese ihre Präferenzen in den innerpartei-

lichen Willensbildungsprozess einbringen können. Selbst wenn die Position der Minderheit kaum oder gar nicht berücksichtigt werden kann, so sollte ein solcher partizipativ-integrativer Weg der Entscheidungsfindung mit geringerer Wahrscheinlichkeit dazu führen, dass nicht unbedeutende Teile der Bürger das Vertrauen in politische Institutionen verlieren. Zu welchem Grad dies bei der Umsetzung der Energiewende in Deutschland und insbesondere in Hessen aufgrund der schnellen Entscheidungsfindung der politischen Akteure in Bund und Land gelungen oder misslungen ist, sollte von weiteren Studien anhand von Umfrage- und Wahlergebnisdaten auf lokaler Ebene – d.h. in den Regionen, die vom Bau von Windkraftanlagen besonders betroffen sind, etwa dem Hessischen Hinterland, wo sich Bürgerinitiativen gebildet haben, die die Implementation der Energiewende aufgrund der mangelnden Einbeziehung der Interessen der lokalen Bürgerschaft kritisch begleiten (vgl. etwa <http://www.bi-holzhausen.de>) – näher beleuchtet werden.

## Anmerkungen

- 1 Die „Energiewende“ formuliert Zielvorgaben für die Entwicklung der Struktur der deutschen Energieversorgung bis zum Jahr 2050. Die energiepolitischen Ziele umfassen im Wesentlichen die Reduktion der Treibhausgase sowie die Verminderung des Energieverbrauchs und eine Veränderung der Struktur des Energiemix. Die gravierendsten Veränderungen des Energiemix betreffen die Rückführung des Anteils der Kernenergie auf null Prozent bis zum Jahr 2022 sowie die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch auf 18 Prozent bis zum Jahr 2020 (acatech 2012, S. 12)
- 2 Für eine Untersuchung der Determinanten für das Vertrauen in die öffentliche Verwaltung siehe *Rölle* (2009).
- 3 *Elff* (2007) verdeutlicht anschaulich, dass Wahlkampfstrategien und gesellschaftliche Konfliktlinien sich gegenseitig beeinflussen.
- 4 Dabei zeigt sich, dass die Festlegung des sozialen Milieus nicht anhand der Parteimitgliedschaft erfolgt. Vielmehr haben die meisten Individuen bereits zuvor Erfahrungen in politiknahen Netzwerken und Organisationen (bspw. Gewerkschaften, Kirchen, Jugendverbänden) gesammelt (vgl. *Norris* 2001).
- 5 Das vorherrschende Parteiensystem eines Landes prägt die Ausrichtung der Parteien innerhalb dieses Systems. Das Aufkommen neuer Parteien (bspw. der Grünen in den 1980er Jahren) eröffnet neue Koalitionsmöglichkeiten in den Parlamenten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass neue Parteien die politische Landschaft grundlegend verändern können, die Einbindung in die Regierungstätigkeit diese politischen Kräfte aber wiederum an das System angleicht (*Poguntke* 2002).
- 6 *Birkland* (1997, S. 54) ergänzt, dass das Ereignis, um einen politischen Einfluss zu entfalten, zudem noch räumlich begrenzt und sowohl der politischen Ebene als auch der Öffentlichkeit bekannt sein muss.
- 7 Dies folgt auch dem „multiple streams“-Ansatz von Kingdon (1984), welcher als wichtige Einflussgrößen Problemstellungen, Policies und Politics nennt. Als mögliches „focusing event“ diskutiert er unter anderem ein neu auftretendes Problem oder institutionelles Element sowie eine Veränderung des Problemverständnisses oder des Verständnisses politischer Handlungsmöglichkeiten.
- 8 *Quandt* (2005) diskutiert die Rolle der Oder-Flut sowie die Reaktion des Bundeskanzlers Gerhard Schröder im Hinblick auf ihre Rolle für den Wahl-Erfolg der SPD bei der Bundestagswahl 2002.
- 9 Wir bedanken uns bei Simon Schaub für die Recherchearbeit zum Hessischen Energiegipfel.
- 10 Sitzungstermine des Hessischen Energiegipfels: 5. April 2011 (konstituierende Sitzung), 24. Mai 2011, 11. Juli 2011, 16. August 2011, 27. September 2011, 10. November 2011 (Abschlussitzung).
- 11 Die Abschlussberichte der vier Arbeitsgruppen können auf folgender Seite eingesehen und heruntergeladen werden: <http://www.energiegipfel.hessen.de/dynasite.cfm?dsmid=16415>.
- 12 Grundlage des Beschlusses war ein Gutachten des Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (vgl. *Berkhout* et al. 2012).
- 13 Die Daten entstammen dem Politbarometer und sind dankenswerterweise vom Datenarchiv der GESIS zur Verfügung gestellt worden.
- 14 Vgl. für eine empirische Untersuchung der Konsequenzen der Finanz- und Bankenkrise auf die Unterstützung der Demokratie jüngst die Studie von *Armingeon* und *Guthmann* (2014).



- 15 Eine solche Möglichkeit stellen sogenannte „mini publics“ (Planungszellen, Jurys, usw.) dar, in welchen ein möglichst bevölkerungsrepräsentatives Gremium über eine spezifische Problemstellung debattiert und, hierauf aufbauend, eine entsprechende Handlungsempfehlung an die zuständigen politischen Entscheidungsträger weitergibt (vgl. *Calvert/Warren* 2014, S. 205). Entscheidend für eine integrative Wirkung solcher deliberativen sowie anderer Beteiligungsinstrumente ist, dass auch konträre Meinungen im Forum vertreten sind (*Fung* 2003; für einen ausführlicheren und aktuellen Überblick über „mini publics“ siehe *Grönlund et al.* 2014).

## Literatur

- acatech* (Hrsg.), 2012: Die Energiewende finanzierbar gestalten. Effiziente Ordnungspolitik für das Energiesystem der Zukunft, Heidelberg: Springer.
- Armington, Klaus/Guthmann, Kai*, 2014: Democracy in crisis? The declining support for national democracy in European countries, 2007–2011, in: *European Journal of Political Research* (im Erscheinen).
- Baumgartner, Frank R./Jones, Bryan D.*, 1993: *Agendas and Instability in American Politics*, Chicago: University of Chicago Press.
- Benz, Arthur*, 2009: *Politik im Mehrebenensystemen*, Wiesbaden: VS.
- Berkhout, Volker/Faulstich, Stefan/Görg, Philip/ Kühn, Paul/Linke, Katrin/Lyding, Philipp/Pfaffel, Sebastian/Rafik, Khalid/Rohrig, Kurt/Rothkegel, Renate/Stark, Elisabeth*, 2012: *Windenergie Report Deutschland 2012*. Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik, Stuttgart: Fraunhofer Verlag.
- Best, Heinrich*, 1982: Recruitment, Careers, and Legislative Behaviour of German Parliamentarians 1848-1953, in: *Historical Social Research*, 23, S. 20-54.
- Beyer, Jürgen*, 2008: Wann, wenn nicht jetzt? Konzeptionelle Grundlagen für die Analyse der Sequenzierung politischer Reformen, in: *Bertelsmann-Stiftung* (Hrsg.), „Schritt für Schritt“-Sequenzierung als Erfolgsfaktor politischer Reformprozesse, Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung, S. 10-56.
- Birkland, Thomas A.*, 1997: *After Disaster: Agenda Setting, Public Policy, and Focusing Events*, Washington: Georgetown University Press.
- Birkland, Thomas A.*, 1998: Focusing Events, Mobilization, and Agenda Setting, in: *Journal of Public Policy*, 18, S. 53-74.
- Blanke, Bernhard*, 2013: Die deutsche „Präsidentenkrise“ 2012 und die Würde des Amtes. Medial inszenierte Vertrauenserosion und parteipolitische Kalküle, in: *Armington, Klaus* (Hrsg.), *Staatstätigkeiten, Parteien und Demokratie: Festschrift für Manfred G. Schmidt*, Wiesbaden: VS.
- Bräuninger, Thomas*, 2005: A partisan model of government expenditure, in: *Public Choice*, 125, S. 409-429.
- Bräuninger, Thomas*, 2009: Responsivität und strategische Adaption im Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern, in: *Henning, Christian/Linhart, Eric/Shikano, Susumu* (Hrsg.), *Parteienwettbewerb, Wählerverhalten und Koalitionsbildung*, Baden-Baden: Nomos, S. 27-46.
- Bräuninger, Thomas/Debus, Marc*, 2012: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, Wiesbaden: VS.
- Budge, Ian*, 1994: A new spatial theory of party competition: Uncertainty, ideology and policy equilibria viewed comparatively and temporally, in: *British Journal of Political Science*, 24, S. 443-467.
- Butler, Catherine/Parkhill, Karen A./Pidgeon, Nicholas F.*, 2011: Nuclear power after Japan: The social dimensions, in: *Environment: Science and Policy for Sustainable Development*, 53, S. 3-14.
- Calvert, Aubin/Warren, Mark E.*, 2014: Deliberative Democracy and Framing Effects: Why Frames are a Problem and How Deliberative Mini-Publics Might Overcome Them, in: *Grönlund, Kimmo/Bächtiger, André/Setälä, Maija* (Hrsg.), *Deliberative Mini-Publics – Involving Citizens in the Democratic Process*, Colchester: ECPR Press, S. 203-223.
- Clemens, Clay*, 2009: Modernisation or Disorientation? Policy Change in Merkel's CDU, in: *German Politics*, 18, S. 121-139.
- Debus, Marc/Müller, Jochen*, 2013: The programmatic development of CDU and CSU since reunification: Incentives and constraints for changing policy positions in the German multi-level system, in: *German Politics*, 22, S. 151-171.

- Debus, Marc*, 2014: Reagieren Parteien auf die Präferenzen der Wähler in der Krise? Eine Evaluierung des programmatischen Verhaltens der deutschen Parteien zwischen 2009 und 2013, in: *Teufel, Erwin/Mack, Winfried* (Hrsg.), *Aus der Krise lernen. Auf dem Weg zu einer weltoffenen und humanen Gesellschaft*, Freiburg: Herder, S. 166-181.
- Easton, David*, 1975: A re-assessment of the concept of political support, in: *British Journal of Political Science*, 5, S. 435-457.
- Elff, Martin*, 2007: Social Structure and Electoral Behavior in Comparative Perspective: The Decline of Social Cleavages in Western Europe Revisited, in: *Perspectives on Politics*, 5, S. 277-294.
- Faas, Thorsten*, 2014: Die hessische Landtagswahl vom 22. September 2013: Schwarz-grüne „hessische Verhältnisse“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 45, S. 349-365.
- Feindt, Peter H.*, 2010: Umwelt-und Technikkonflikte in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts– Bestandsaufnahme und Perspektiven, in: *Feindt, Peter H./Saretzki, Thomas* (Hrsg.), *Umwelt- und Technikkonflikte*, Wiesbaden: VS, S. 9-29.
- Freitag, Markus/Bühlmann, Marc*, 2009: Crafting Trust The Role of Political Institutions in a Comparative Perspective, in: *Comparative Political Studies*, 42, S. 1537-1566.
- Freitag, Markus/Traumüller, Richard*, 2009: Spheres of trust: An empirical analysis of the foundations of particularised and generalised trust, in: *European Journal of Political Research*, 48, S. 782-803.
- Fung, Archon*, 2003: Survey Article: Recipes for Public Spheres: Eight Institutional Design Choices and Their Consequences, in: *Journal of Political Philosophy*, 11, S. 338-367.
- Ganghof, Steffen*, 2008: Politikwissenschaftliche und polit-ökonomische Perspektiven auf Reformsequenzierung: Typen, Mechanismen und ländervergleichende Fallbeispiele, in: *Bertelsmann Stiftung* (Hrsg.), *Schritt für Schritt – Sequenzierung als Erfolgsfaktor politischer Reformprozesse?*, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, S. 57-112.
- Gremmel, Timon*, 2012: Energiegipfel – Licht und Schatten bei hessischer Energiewende. Statement des Mitglied der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag. <http://www.timon-gremmels.de/meldungen/23049/108910/Licht-und-Schatten-bei-hessischer-Energiewende.html>.
- Grönlund, Kimmo/Bächtiger, André/Setälä, Maija*, 2014: *Deliberative Mini-Publics – Involving Citizens in the Democratic Process*, Colchester: ECPR Press.
- Hessischer Energiegipfel*, 2011: Abschlussbericht des Hessischen Energiegipfels vom 10. November 2011. <http://www.energiegipfel.hessen.de/mm/AbschlussberichtEnergiegipfel.pdf>.
- Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung*, 2012: Entwurf: Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 nach § 8 Abs. 7 HLPG- Vorgaben zur Nutzung der Windenergie – Beschluss der Hessischen Landesregierung nach § 8 Abs. 3 HLPG vom 18. Juni 2012, Wiesbaden: Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung.
- Hessischer Landtag*, 2012: Hessisches Energiezukunftsgesetz vom 21. November 2012. Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen Nr. 23 vom 30. November.
- Hennis, Wilhelm*, 1962: Amtsgedanke und Demokratiebegriff, in: *Matz, Ulrich* (Hrsg.), *Grundprobleme der Demokratie*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 323-346.
- Holm-Müller, Karin/Weber, Michael/Hennicke, Peter/Schleicher, Tobias/Löschel, Andreas/Kempfert, Claudia*, 2011: Ökonomische Folgen eines Atomausstiegs in Deutschland, in: *Wirtschaftsdienst*, 91, S. 295-313.
- Jesse, Eckhard*, 2011: Ist Schwarz-Grün im Bund 2013 realistisch und wünschenswert? Koalitionskonstellationen im Wandel, in: *Kronenberg, Volker/Weckenbrock, Christoph* (Hrsg.), *Schwarz-Grün. Die Debatte*, Wiesbaden: VS, S. 404-414.
- Jones, Michael D./Jenkins-Smith Hank C.*, 2009: Trans-Subsystem Dynamics: Policy Topography, Mass Opinion, and Policy Change, in: *Policy Studies Journal*, 37, S. 37-58.
- Jones, Bryan D./Baumgartner, Frank R.*, 2005: *The politics of attention: How government prioritizes problems*, Chicago: University of Chicago Press.
- Kingdon, John W.*, 1984: *Agendas, Alternatives, and Public Policy*, Boston: Little, Brown.
- Klingemann, Hans-Dieter/Hofferbert, Richard I./Budge, Ian*, 1994: *Parties, policies, and democracy*, Boulder/San Francisco/Oxford: Westview Press.
- Kropp, Sabine*, 2010: *Kooperativer Föderalismus und Politikverflechtung*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

- Kubon-Gilke, Gisela*, 2011: Stasis und Veränderung: Gestalttheoretische Hintergründe zu Optionen von Sozialstaatsreformen im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung, in: *Gestalt Theory*, 33, S. 121-144.
- Laver, Michael*, 2005: Policy and the dynamics of political competition, in: *American Political Science Review*, 99, S. 263-281.
- Leibenath, Markus*, 2013: Energiewende und Landschafts-Governance: Empirische Befunde und theoretische Perspektiven, in: *Gailing, Ludger/Leibenath, Markus* (Hrsg.), *Neue Energielandschaften – Neue Perspektiven der Landschaftsforschung*, Wiesbaden: Springer VS, S. 45-63.
- Levi, Margret/Stoker, Laura*, 2000: Political trust and trustworthiness, in: *Annual Review of Political Science*, 3, S. 475-507.
- Lipset, Seymour M.*, 1959: Some social requisites of democracy: Economic development and political legitimacy, in: *American Political Science Review*, 53, S. 69-105.
- Niedermayer, Oskar* (Hrsg.), 2011: *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009*, Wiesbaden: VS.
- Norris, Pippa*, 2001: *Democratic Phoenix: Reinventing Political Activism*, New York: Cambridge University Press.
- Mautz, Rüdiger*, 2012: Atomausstieg und was dann? Probleme staatlicher Steuerung der Energiewende, in: *der moderne staat*, 5, S. 149-168.
- McDonald, Michael D./Budge, Ian*, 2005: *Elections, Parties, Democracy: Conferring the Median Mandate*, Oxford: Oxford University Press.
- Mill, John Stuart*, 1971: *Betrachtungen über die repräsentative Demokratie*, Paderborn: Schöningh.
- Müller-Rommel, Ferdinand/Poguntke, Thomas*, 1990: Die Grünen, in: *Mintzel, Alf/Oberreuter, Heinrich* (Hrsg.), *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Mikusch, Caroline*, 2012: Vernetzte Energiesicherheit – Mehr Chancen für Deutschlands Zukunft, in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 5, S. 425-444.
- Müller, Wolfgang C.*, 2000: Political parties in parliamentary democracies: Making delegation and accountability work, in: *European Journal of Political Research*, 37, S. 309-333.
- Poguntke, Thomas*, 2002: Green Parties in National Governments: From Protest to Acquiescence?, in: *Environmental Politics*, 11, S. 133-145.
- Powell, G. Bingham*, 2000: *Elections as instruments of democracy: Majoritarian and proportional visions*, New Haven: Yale University Press.
- Powell, G. Bingham*, 2004: The chain of responsiveness, in: *Journal of Democracy*, 15, S. 91-105.
- Probst, Lothar*, 2013: Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE), in: *Niedermayer, Oskar* (Hrsg.), *Handbuch Parteienforschung*, Wiesbaden: Springer VS, S. 509-540.
- Reus, Iris*, 2014: Neue Eigenständigkeit oder Unitarismus wie bisher? Landespolitik nach der Föderalismusreform I am Beispiel der Nichtraucherschutzgesetzgebung, in: *der moderne staat*, 7, S. 157-172.
- Quandt, Markus*, 2005: Neue Themen, neue Lage. Irak-Krieg und Elbe-Hochwasser als wahlentscheidende Themen?, in: *Güllner, Manfred* (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2002. Eine Untersuchung im Zeichen hoher politischer Dynamik*, Wiesbaden: VS, S. 161-180.
- Rölle, Daniel*, 2009: Vertrauen in die öffentliche Verwaltung – Zwischen Systemstabilität und Modernisierungsdruck, in: *der moderne staat*, 2, S. 219-242.
- Sabatier, Paul A.*, 1988: An advocacy coalition framework of policy change and the role of policy-oriented learning therein, in: *Policy Sciences*, 21, S. 129-168.
- Schmidt, Manfred G.*, 2000: *Demokratietheorien*, Opladen: Leske + Budrich.
- Schmidt, Manfred G.*, 1996: When parties matter: A review of the possibilities and limits of partisan influence on public policy, in: *European Journal of Political Research*, 30, S. 155-183.
- Schmitt-Beck, Rüdiger/Weick, Stefan*, 2001: Die dauerhafte Parteiidentifikation – nur noch ein Mythos?, in: *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 26, S. 1-5.
- Schmitt-Beck, Rüdiger/Faas, Thorsten*, 2009a: Die hessische Landtagswahl vom 27. Januar 2008. Wiederkehr der ‚hessischen Verhältnisse‘, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 40, S. 16-34.
- Schmitt-Beck, Rüdiger/Faas, Thorsten*, 2009b: Die hessische Landtagswahl vom 18. Januar 2009. Der ‚ewige Koch‘, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 40, S. 358-370.
- Schnaudt, Christian*, 2013: Politisches Vertrauen, in: *van Deth, Jan W./Tausendpfund, Markus* (Hrsg.), *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik? Individuelle und kontextuelle Determinanten politischer Orientierungen*, Wiesbaden: Springer VS, S. 297-328.

- Seeliger, Martin*, 2012: Grüne Politik unter Bedingungen ‚neuer Komplexität‘, in: *der moderne staat*, 5, S. 229-239.
- Strøm, Kaare*, 2000: Delegation and Accountability in Parliamentary Democracies, in: *European Journal of Political Research*, 37, S. 261-289.
- Tocqueville, Alexis de*, 2001: *Über die Demokratie in Amerika*, Stuttgart: Philipp Reclam.
- Walgrave, Stefaan/Varone, Frédéric/Dumont, Patrick*, 2006: Policy with or without parties? A comparative analysis of policy priorities and policy change in Belgium, 1991 to 2000, in: *Journal of European Public Policy*, 13, S. 1021-1038.
- Wiesendahl, Elmar*, 2010: Rationalitätsgrenzen politischer Strategie, in: *Raschke, Joachim/Tils, Ralf* (Hrsg.), *Strategie in der Politikwissenschaft*, Wiesbaden: Springer VS, S. 21-44.
- Zmerli, Sonja*, 2004: Politisches Vertrauen und Unterstützung, in: *van Deth, Jan W.* (Hrsg.), *Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002-2003*, Wiesbaden: VS, S. 229-256.

*Anschrift der Autorin und der Autoren:*

Prof. Dr. Jale Tosun, Institut für Politische Wissenschaft, Universität Heidelberg, 69115 Heidelberg  
E-Mail: [jale.tosun@ipw.uni-heidelberg.de](mailto:jale.tosun@ipw.uni-heidelberg.de)

Dr. Andreas Fleig, Institut für Politische Wissenschaft, Universität Heidelberg, 69115 Heidelberg  
E-Mail: [andreas.fleig@ipw.uni-heidelberg.de](mailto:andreas.fleig@ipw.uni-heidelberg.de)

Prof. Dr. Marc Debus, Universität Mannheim & Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Fakultät für Sozialwissenschaften, Professur Politische Wissenschaft III (Vergleichende Regierungslehre), 68131 Mannheim  
E-Mail: [marc.debus@uni-mannheim.de](mailto:marc.debus@uni-mannheim.de)